

Als wir im November 2016 vor einer Steuererhöhung warnten, nannte der Bürgermeister Herrn Göldner unter Applaus der GroKo in der Sitzung des HFA einen Bangemacher. Der Bürgermeister antwortete auf unsere Anfrage: Das Szenario würde nicht eintreten, weil Bund und Land ihrer Verpflichtung nachkämen.

FLU Anfrage vom 06.11.16: <http://www.freie-liste-unna.de/themen/main/dateien/datenbank1/daten/eintraege/dateien/100436/PDF.pdf>

# Risiken und Unklarheiten im Haushalt

## Kreis bittet die Stadt um Präzisierung einer Steuererhöhung ab 2019

Von Sebastian Smulka

**Unna. Der Kreis nimmt die Stadt Unna an die kurze Leine, was die Finanzen angeht. Die Kommunalaufsicht erkennt „erhebliche Unsicherheiten“ auf dem Weg zur Sanierung des Haushalts.**

Von geplanten elf Millionen Euro Minus in diesem Jahr soll Unna bis 2020 zur „schwarzen Null“ kommen. Für den Weg, den die Stadt zu diesem Ziel beschreibt, macht Kreiskämmerer Dr. Thomas Wilk allerdings Risiken aus. Für die beiden Jahre des nun genehmigten Haushaltes 2017/18 sind es die „normalen“ Unwägbarkeiten: Schwankungen bei der Gewerbesteuer und der Kreisumlage, aber auch eine mögliche Zinswende und somit teurere Kreditkosten könnten die Pläne der Stadt durcheinander bringen. Größeren Klärungsbedarf sieht Wilk allerdings für die Jahre 2019 und 2020 – weil Zahlen aus Unna nicht ganz plausibel sind oder einfach fehlen. Dabei geht es um Millionenbeträge, die schlimmstenfalls von den Bürgern der Stadt gezahlt werden müssten.

So rechnet die Stadt für die beiden Jahre nach dem neuen Haushaltsplan mit deutlich höheren Ergebnisausschüttungen ihrer Toch-

ter WBU, die unter anderem Eigentümerin der Stadtwerke ist, aber auch Zuschussbetriebe wie die Schwimmsporthalle und die Parkhäuser finanzieren muss. In diesem und im nächsten Jahr soll die WBU 620.000 Euro an die Stadt abführen, 2019 dann aber 770.000 Euro und im Folgejahr 1,2 Millionen. Vorgelegte Unterlagen für die WBU lassen Wilk allerdings nicht erkennen, woher dieser Gewinnsprung kommen soll. Die nächsten Wirtschaftspläne werden es zeigen müssen.

Weiteren Klärungsbedarf sieht der Kreisdirektor durch höhere Belastungen, die auf Unna durch Bundes- und Landesgesetze zukommen werden, aber nicht von höherer Stelle finanziert sind. Sollten entsprechende Finanzhilfen für die Inklusion oder die Unterbringung von Flüchtlingen ausbleiben, steht ab 2019 ein Jahresminus von 5,5 Millionen Euro in der Rechnung.

Die Stadt würde dann abermals Grund- oder Gewerbesteuern anheben. Der Kreis will nun wissen, welche Steuersätze wie stark angehoben würden. Darüber hinaus muss Unna zu festgelegten Stichtagen und bei größeren Abweichungen von finanziellen Zwischenzielen beim Kreis Bericht erstatten.

Hellweger Anzeiger vom 24.03.17:

# Freie Liste schlägt Alarm: Grundsteuer schießt in Unna ab 2019 auf 1000 Punkte – „Zutiefst unsozial!“

Geschrieben von Silvia Rinke am 6. November 2016 in Blaulicht, Gesellschaft und Politik, Wirtschaft+Handel

Keine Steuererhöhungen? Bis Ende 2018. Aber dann. Dann schießt die Grundsteuer in Unna auf nahezu 1000 Hebepunkte, warnt die Freie Liste Unna. Sie schlägt Alarm: „Eine derart starke Grundsteueranhebung ist zutiefst unsozial!“

Mit dem Schwerpunkt Steuern stellt die Freie Liste die Ergebnisse ihrer Haushaltsklausur vom gestrigen Samstag vor. Mit dabei waren die Herren Strecker (Kämmerei) und Ott (Bauverwaltung).

– Hinweis: Die FLU um ihren **Fraktionschef Klaus Göldner** (im Bild unten) hat sich noch um weitere Posten im Haushalt Gedanken gemacht. Wir stellen die Positionen kommende Woche nach Themen sortiert vor.



``

## Steuererhöhungen

Göldner schreibt: „Der Planentwurf sieht bereits jetzt eine Steuererhöhung der **Grundsteuer B auf nahezu 1000 Hebepunkte ab 2019** vor. Auch die Gewerbesteuer soll ab 2019 um 15% angehoben werden. Der Hebesatz der Grundsteuer A soll unverändert bleiben.

Grund für die Anhebungen (Rundblick berichtete es bereits) ist das ab 2019 entstehende **jährliche Haushaltsdefizit in Höhe von mindestens 5,5 Mio. Euro**, das nicht mehr durch Eigenkapital abgedeckt werden kann.

*„Eine derart starke Anhebung gerade der Grundsteuer B ist unsozial. Sie trifft nicht nur reiche Hausbesitzer, sondern in hohem Maße auch sozial schwächere Mieter und Menschen, die sich zur Alterssicherung ein kleines Häuschen vom Munde abgespart haben“, kritisiert Klaus Göldner. „Wir versuchen hier in Unna, die Wirtschaftsförderung weiter nach vorn zu bringen. Sogar neues Personal soll zu diesem Zweck eingestellt werden. Auch wir machen uns Gedanken darüber, wie wir gesunde Wirtschaftsunternehmen in unsere Stadt holen können. Wie zum Hohn wird dann ab dem Jahre 2019 in Unna die Gewerbesteuer erhöht, die bereits jetzt nicht besonders niedrig ist!“*

Fragen Sie mal in den Gemeinden, denen es wirtschaftlich gut geht. **Eine hohe Gewerbesteuer gehört dort sicher nicht zum Erfolgsrezept.** Einzig die Grundsteuer A soll auf niedrigem Niveau bleiben und nicht erhöht werden. Zugegeben, durch die Grundsteuer A werden nicht die größten Einnahmen generiert. Dennoch ist nicht einzusehen, weshalb hier allein die Landwirte verschont werden sollen.

Der Entwurf zeigt keinerlei Alternativen zu diesen Erhöhungen auf. Wir möchten vor der Zustimmung zum Haushaltsentwurf vom Bürgermeister wissen, ob wir mit unserer Zustimmung diesen Steuererhöhungen ab 2019 bereits jetzt verbindlich zustimmen. In diesem Falle würden wir den Entwurf nicht mittragen.“

**Bürgermeister Kolter und Kämmerer Thomae hatten sich bei der Pressekonferenz zum Haushalt zuversichtlich gezeigt, die drohenden Steuererhöhungen abwenden zu können – indem Bund und Land davon überzeugt würden, sich stärker an den Kosten z. B. für die Unterkunft anerkannter Asylbewerber zu beteiligen.**

**Link zu unserem Bericht: <http://rundblick-unna.de/unnas-grundsteuer-bleibt-bis-2019-stabil-hoch/>**

Hellweger Anzeiger vom 07.11.16



Wo Bäume abgesägt wurden, sollen neue gepflanzt werden. Das ist politischer Konsens. Im Haushalt aber sei Aufforstung nicht ausreichend berücksichtigt, meint die FLU.

Foto: Archiv

## FLU: Steuererhöhung ab 2019 unsozial

Änderungen am Haushaltsplan gefordert

Unna. Die FLU-Fraktion will Sanierungsmittel gerechter auf Unnas Schulen verteilen und diese besser vor Einbrüchen schützen lassen. Außerdem will die Freie Liste drohende Steuererhöhungen vermeiden, mehr Geld für die Erneuerung des Baumbestands zur Verfügung stellen und das Freizeitbadgelände in Massen zu einer Grünfläche entwickeln.

Der Haushaltsplan sieht vor, die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer ab 2019 zu erhöhen. Der Steuersatz für Grundstückseigentümer soll dann von 762 auf 992 Punkte angehoben werden. Das sei unsozial, treffe schließlich nicht nur reiche Hausbesitzer, sondern auch Mieter und Menschen, „die sich zur Alterssicherung ein kleines Häuschen vom Munde abgespart haben“, sagt der FLU-Vorsitzende Klaus Göldner, nachdem sich seine Fraktion am Wochenende mit dem Haushaltsplan befasst hat. Die FLU werde den Steuererhöhungen ab 2019 nicht zustimmen.

Die FLU kritisiert ferner

die von der Verwaltung vorgeschlagene Verwendung der Fördermittel im Rahmen des Programms „Gute Schule 2020“. 6,8 Millionen Euro, die der Stadt Unna zur Verfügung stehen, sollen für den vierzügigen Ausbau der Hellweg-Realschule (HRS) verwendet werden, so der Plan. Da es aber auch an den anderen 18 städtischen Schulen „Mängellisten“ gebe, so Göldner, fordert er eine Prioritätenliste zur Verwendung der Fördermittel. Ob die HRS wirklich vierzünftig ausgebaut werden muss, solle auch anhand der Anmeldezahlen geklärt werden.

Die FLU fordert außerdem, dass mehr Geld als vorgesehen für den Schutz von Schulgebäuden vor Einbruch und Vandalismus verwendet wird. Das gleiche gilt für Investitionen in den städtischen Baumbestand. Göldner erinnert an einen einstimmigen Beschluss zu Pflege, Erhaltung und Ausweitung des Baumbestandes, findet diesen aber im Haushaltsplan nicht ausreichend berücksichtigt. **tra**